

Das süße Gift der Begünstigungen

Korruption und ihre Skandalisierung haben eine lange Geschichte. Historiker der TU Darmstadt erklären, welche Praktiken und Gesetzmäßigkeiten in der Moderne dahinter stecken.

— Von Jutta Witte

Bestechung, Vetternwirtschaft, Vorteilsnahme: Korruptes Verhalten hat viele Facetten und undurchsichtige Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft bieten schon lange Zündstoff für öffentliche Debatten. Jens Ivo Engels, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der TU Darmstadt, umschreibt das Phänomen der Begünstigung mit dem Begriff „Mikropolitik“. Korruption, so erklärt er, ist dagegen die Bewertung dieser Praktiken, die sich in der Geschichte häufig verändert hat.

„Ohne Mikropolitik funktioniert Politik nicht“, ist der Korruptionsexperte überzeugt. „Und es wird immer einen Graubereich mit einem System von Begünstigungen und Seilschaften geben, solange Menschen handeln“. Engels und sein Wissenschaftlerteam sind nicht nur der Frage auf den Grund gegangen, wie diese Mikropolitik funktioniert und sich im Laufe der Zeit gewandelt hat, sondern auch, wie die daraus abgeleiteten Korruptionsvorwürfe zu einem schlagkräftigen politischen Instrument werden können. Korruption im Sinne von „Missbrauch eines öffentlichen Amtes zu privaten Zwecken“ gibt es erst seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, also seit Privates und Öffentliches strikt getrennt wurden. Zuvor galten die Förderung von Freunden und Verwandten, die Annahme von Geschenken und der Handel mit Posten auch für Inhaber öffentlicher Ämter als legitime Praktiken des sozialen Austausches. „Solange die Patronage nicht zu exzessiv wurde, nahm kaum jemand daran Anstoß“, sagt Engels. Seit der Epoche der Aufklärung und der großen Staatsreformen an der Wende zur Moderne aber waren Amtsträger ausschließlich dem Staat verpflichtet. Gleichzeitig bestimmte dieser die Rahmenbedingungen für eine im Laufe des 19. Jahrhunderts immer komplexer werdende Wirtschaft – ein neuer Nährboden für umstrittene Verflechtungen.

Die Darmstädter Historiker, die im Rahmen des deutsch-französischen Projekts „Korruption in der Moderne“ Zeitungen, Gerichtsprozesse, Parlamentsprotokolle, Briefe, Petitionen, Nachlässe und Memoiren aus der Kaiserzeit und der Weimarer Republik ausgewertet haben, verfolgen bei der Analyse des Phänomens Mikropolitik einen konstruktivistischen Ansatz und sind auf der Suche nach Handlungsmustern. Dabei unterscheiden sie zwischen den Praktiken und ihrer Rezeption in der Öffentlichkeit. „Korruption ist das, was wir zu Korruption machen“, erklärt Volker Köhler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der TU Darmstadt. Wie

die Kumpanei zwischen Politik und Wirtschaft und die darauf folgende Skandalisierung in der Öffentlichkeit schon in der Kaiserzeit funktionierte, zeigt zum Beispiel die Kornwalzer-Affäre. Hier versorgten Beamte aus dem Kriegsministerium und anderen Dienststellen den Rüstungskonzern Krupp mit Informationen über die militärischen Planungen des Deutschen Reiches. Der SPD-Abgeordnete Karl Liebknecht, dem hierzu Material zugespielt wurde, verstand es 1913 geschickt, den Vorgang in einer Reichstagsdebatte um die Erhöhung des Wehretats zu thematisieren. Die Presse sprang auf das Thema an. Der Skandal war perfekt.

Da Korruption kein Straftatbestand war, kamen in verschiedenen Prozessen der Verrat militärischer Geheimnisse und Bestechung zur Anklage. „Die Verfahren brachten zu Tage, dass die Beamten die sensiblen Informationen praktisch für ein Butterbrot verkauft hatten“, berichtet Köhlers Projektkollegin Anna Rothfuss. Kleine Gefälligkeiten wie Theaterkarten oder Essenseinladungen waren die Gegenleistung. Ebenso gering war das Unrechtsbewusstsein der Betroffenen. Sie begründeten ihr Vorgehen damit, Krupp, das Militär und der Staat hätten schließlich die gleichen Interessen.

„Die zunehmende Transparenz bietet keinen Raum mehr für Rechtfertigungen.“

Blieb die Zahl derartiger Affären in der Kaiserzeit zumindest in Deutschland noch überschaubar, erschütterte die Weimarer Republik unter dem Label Korruption ein „ganzes Füllhorn an Skandalen ganz

neuer Qualität“, wie die beiden Historiker berichten. Eine neue Generation von Aufsteigern war in Politik und Wirtschaft an die Macht gekommen, die Massenmedien hatten an Einfluss gewonnen und anders als im Kaiserreich war das staatliche System nicht mehr sakrosankt. Köhler verweist exemplarisch auf den so genannten Barmat-Skandal. Die ostjüdische Familie Barmat hatte nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland ein Inflationsimperium aufgebaut, das im Zuge der Währungsumstellung zusammenbrach. In der Folge stellte sich heraus, dass vor allem Sozialdemokraten für die Gewährung von Krediten und Aufträgen geschmiert worden waren. Eine Reihe von Rücktritten folgte, wegen aktiver Bestechung wanderten die Industriellen für einige Monate ins Gefängnis. Doch die Affäre wurde hochstilisiert zu einer Grundsatzfrage über die Korruptierbarkeit der Republik: „Am Ende waren nicht mehr die Kredite das Problem, sondern die Bilder von korrupten Politikern, die die öffentliche Debatte in den Köpfen der Menschen erzeugte“, erklärt der Experte.

Solche mikropolitischen Praktiken und ihre Folgen zeigen nicht nur die zunehmenden Bündnisse zwischen Geld und Macht im 20. Jahrhundert, sondern weisen nach Überzeugung der Experten auch erstaunliche Parallelen zur Gegenwart auf. Die Affäre um den Ex-Bundespräsidenten Christian Wulff, die Debatte um die vom Bundestag beschlossene „Hotelsteuer“ oder Skandale um Großunternehmen wie Siemens oder die Bayern LB verliefen nach ähnlichen Mechanismen, beobachten die Historiker. Umstrittene Netzwerke und Bestechungen seien

mittlerweile ebenso global vernetzt wie die Korruptionskritik, ergänzt Projektleiter Engels. „Die zunehmende Transparenz bietet keinen Raum mehr für Rechtfertigungen“.

Das war in der Bundesrepublik nicht immer so. Aus ihren frühen Jahren sind kaum öffentliche Korruptionsdiskurse bekannt, obwohl es genug Anlässe dafür gegeben hätte. Erst in den 1980er Jahren – im Zuge der Flick-Affäre und mit der Zunahme des investigativen Journalismus – wurde Korruption hierzulande wieder zum Aufreger-Thema. Das hatte nicht nur Folgen in der Politik. Eine globale Debatte hat die Unternehmen in den letzten Jahren gezwungen, sich unter dem Stichwort Compliance selbst ethische Regeln zu verordnen. „Korruptionspraktiken, ihre Rezeption und Bekämpfung zeigen uns, wie eine Gesellschaft sich selbst versteht und wie sie aushandelt, was erlaubt ist und was nicht“, ist Anna Rothfuss überzeugt. Stärkere Kontrollen und Sanktionen jedenfalls halten sie und Köhler nicht für zielführend. „Stattdessen müssen wir den öffentlichen Diskurs über richtiges und falsches Verhalten verändern.“ Es sei wichtig, genau hinzuschauen, wer aus welchen Gründen vermeintliche Korruption kritisiert, betont auch Engels. „Die Bekämpfung von Einzelfällen darf

nicht wie in der Weimarer Republik dazu führen, dass unser politisches Gesamtsystem in Frage gestellt wird.“

Die Autorin ist Wissenschaftsjournalistin und promovierte Historikerin.

Historische Korruptionsforschung

An der TU Darmstadt erforschen Historikerinnen und Historiker seit 2008 im Rahmen von mittlerweile vier von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bewilligten Projekten das Phänomen Korruption. Der Fokus liegt auf Westeuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Zwei Projekte laufen in Kooperation mit Partnern in Avignon, Paris/Metz und Frankfurt am Main und werden von der Agence nationale de la recherche (ANR) mitfinanziert. In diesem Rahmen entstehen 14 Doktorarbeiten, sechs davon in Darmstadt. Im Herbst 2014 erscheint im Verlag S. Fischer eine Geschichte der politischen Korruption in der europäischen Moderne von Jens Ivo Engels. www.korruptionsforschung.tu-darmstadt.de



Untersucht Mechanismen der Bündnisse zwischen Geld und Macht: Professor Jens Ivo Engels.

Informationen

Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften
Neuere und Neueste Geschichte
Prof. Dr. Jens Ivo Engels
Telefon: 06151/16-2107
E-Mail: engels@pg.tu-darmstadt.de
www.geschichte.tu-darmstadt.de/index.php?id=3356